„Der Courier"
ist die führende deutsche Zeitung Canadas.
[illegible]

Der Courier

Organ der Deutsch-Canadier

"The Courier"
is the leading German paper in Canada.
Subscription price for the regular 16 page issue appearing every Wednesday $1.00 yearly in advance only.
Subscription price for the Saturday special issue "Extrablatt" $1.00 yearly in advance.
Address: "The Courier", P. O. Box 505, Regina, Sask., or call at our offices and printing plant 1836 Halifax St., Regina.
"Ads" are always successful, as "The Courier" is by far the best medium to reach the many prosperous German-Canadians in cities and country districts throughout the Canadian West.
German farmers are progressive and possess an enormous buying power. You want this trade! Advertise in "The Courier."
19,432 subscribers
Advertising rates on application.

9. Jahrgang | 16 Seiten | Regina, Saskatchewan, Mittwoch den 15. Dezember 1915 | 16 Seiten | Nummer 7

Saloniki der Brennpunkt der Balkan-Situation

London. — Die britischen und französischen Truppen haben ihren Rückzug aus Serbien über die griechische Grenze erfolgreich durchgeführt, und auf Grund eines mit der griechischen Regierung getroffenen Abkommens ist für sie eine offene Straße gelassen, um auf Saloniki zurückzufallen, das als eine Operationsbasis eingerichtet wird.

In dem heutigen offiziellen deutschen Bericht wird behauptet, daß „etwa zwei englische Divisionen vernichtet wurden", jedoch hält man das hier für eine Uebertreibung. Berichte aus Athen und Saloniki besagen, daß der Rückzug ordnungsmäßig und ohne schwere Verluste ausgeführt wurde. Durch Zerstörung der Eisenbahnbrücken und Straßen und durch hartnäckige Nachhutgefechte — in einem von diesen opferten sich zwei irische Kompagnien, um ihre Kameraden zu retten — wurden die Bulgaren in ziemlich sicherer Entfernung gehalten.

Jetzt entsteht die Frage, ob die Bulgaren und die Oesterreich-Ungarn und die Deutschen beabsichtigen, den britischen und französischen Truppen nach Griechenland hinein zu folgen, und was die griechische Regierung tun wird, wenn dieser Fall eintreten sollte. Aus Depeschen, die aus Athen kommen, gewinnt man den Eindruck, daß die Bulgaren, deren Ankunft in der Nähe der Grenze ebenfalls berichtet wird, in Griechenland nicht willkommen sein würden, und daß aus diesem Grunde, falls entschieden ist, den alliierten Truppen zu folgen, die Oesterreicher und die Deutschen diese Aufgabe ausführen werden.

Da jedoch die Eisenbahn zerstört ist, dürften einige Tage vergehen, ehe Griechenland eingreifen muß, und bei der Zeit sollten die englisch-französischen Truppen innerhalb der Verteidigungswerke von Saloniki und unter den Geschützen ihrer Schiffe in Sicherheit sein.

Die Reste der serbischen Armee leisten den Oesterreichern und Bulgaren auf albanischem Gebiete immer noch Widerstand, während die Oesterreicher nur sehr langsamen Fortschritt in ihrem Bemühen machen, Montenegro über den Haufen zu werfen, wo schwere Kämpfe andauern.

Nur kleinere Unternehmungen haben an der östlichen und westlichen Front stattgefunden. Auf der Halbinsel Gallipoli werden die Operationen durch Schnee erschwert, obwohl die Schiffe der Alliierten es den Türken, deren Versuch, in letzter Woche die Offensive zu ergreifen, fehlgeschlagen zu sein scheint, heiß machen.

Ein britischer offizieller Bericht besagt, daß die türkischen Angriffe auf Kut-El-Amara (Mesopotamien), wo britische Verstärkungen eintreffen, abgeschlagen worden sind. Die Angriffe wurden von allen Seiten unternommen, aber die britische Stellung war so stark, daß die Türken nicht imstande waren, ihr beizukommen.

Die Kanzlerrede

Deutscher Reichskanzler antwortet auf Friedensinterpellation der Sozialdemokraten im Reichstag

Berlin. — „Wenn unsere Feinde Friedensvorschläge machen, die mit Deutschlands Würde und Sicherheit vereinbar sind, so werden wir stets bereit sein, sie zu diskutieren", sagte Reichskanzler Dr. von Bethmann-Hollweg am Donnerstag in seiner mit Spannung erwarteten großen Rede im Reichstag. [illegible]

[illegible]

Des Reichskanzlers Rede.

[illegible]

Die Balkanlage.

[illegible]

den," sagte der Reichskanzler. „Dies ist wieder ein kleines Land, das im Interesse der Ententemächte geopfert wurde."

Der Redner wies darauf hin, daß die Donau jetzt frei und die Stellung der Türken auf Gallipoli fester sei, als je zuvor, obwohl Premier Asquith vorigen Sommer gesagt habe, der Fall der Dardanellen stehe unmittelbar bevor.

„Dank der weitsichtigen Politik des Königs Ferdinand von Bulgarien," fuhr der Kanzler fort, „ist eine starke Linie gebildet worden, welche die Zentralmächte mit dem Balkan und dem nahen Osten fest verbindet. Wenn der Friede geschlossen ist, wird diese Brücke nicht von den Schritten marschierender Bataillone widerhallen, sondern wird der Arbeit der Zivilisation und des Friedens dienen. Die Freundschaft, die jetzt durch Waffenbrüderschaft gefestigt ist, wird dann durch den Austausch von Waren unter den Nationen gestärkt werden. Die Konkurrenz wird dann auf die friedlichen Werke der Industrie beschränkt sein, welche die Entwicklung der Nationen fördert und den Ländern hilft, die nach Fortschritt begehren."

Der Kanzler bezog sich auch auf die Versuche der Ententemächte, ihre Lage am Balkan durch Drohungen gegen Griechenland zu verbessern. Er sagte, dieselben Nationen, die gegen „preußischen Militarismus" geeifert hätten, bedrohten jetzt die griechische Regierung mit der Macht der britischen Flotte. Da sie diese Haltung angenommen hätten, könnten sie nicht mehr vorgeben, daß Deutschland sich durch die Invasion Belgiens vergangen habe.

Die militärische Lage.

Ueber die militärische Lage sagte der Kanzler, deutsche Streitkräfte hielten stark vorgeschobene Stellungen in Rußland, und die französischen und britischen Versuche, im Westen durchzubrechen, seien fehlgeschlagen, trotzdem die Franzosen und Briten numerisch in bedeutender Uebermacht gewesen seien. An der österreichisch-italienischen Front ständen die österreichischen und ungarischen Truppen fest und die einzigen italienischen Erfolge befänden in der böswilligen Zerstörung von Städten, die sie gern erobern würden, aber nicht könnten.

Der Kanzler sprach sodann über die Verwaltung der eroberten Territorien. Er sagte, das wirtschaftliche Leben Belgiens hebe sich langsam. Die Kohlenbergwerke seien fast so fleißig im Betrieb wie zu Friedenszeiten und hätten in den letzten drei Monaten 3,500,000 Tonnen Kohlen produziert. Belgien habe darunter zu leiden, daß England es am Export von Waren über das Meer verhindere.

Deutschlands Aufgabe in dem eroberten Teil Rußlands sei besonders schwer, weil die russische Administration dort haarsträubend gewirtschaftet habe. Die Städte hätten keine Abflußkanäle und die Verwaltung habe in den Händen der russischen Bureaukratie gelegen. Die Deutschen hätten Selbstregierung in Polen geschaffen und die neue Form der Verwaltung werde in intelligenter und eifriger Weise durchgeführt. Deutschland habe über 4000 Kilometer (2600 Meilen) neue Straßen gebaut. Die Schulen seien wieder eröffnet worden und die Kinder würden jetzt nicht mehr in Russisch, sondern in ihrer Muttersprache, Polnisch, unterrichtet.

In Warschau sei die Universität und die technische Hochschule wieder eröffnet worden. Noch im Februar dieses Jahres habe sich die russische Regierung geweigert, die polnische Sprache in der Warschauer Universität einzuführen.

In Belgien sei der Schulzwang eingeführt worden. Die flämische Sprache, die früher unterdrückt war, werde jetzt gebraucht.

Die Zeitungen der Ententeländer, sagte Dr. von Bethmann-Hollweg, enthiel-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Ansicht eines Sachverständigen

Militärischer Mitarbeiter der „Temps" erklärt, 500,000 Mann würden den Alliierten für Balkanoperationen im Frühjahr zur Verfügung stehen.

Paris. — General de la Croix, der militärische Mitarbeiter des „Temps" sagt in einer Besprechung der Balkan-Situation, im kommenden Frühjahr würden die Alliierten mit leichter Mühe eine Armee von 500,000 Mann für Operationen am Balkan zur Verfügung haben können. Es ständen zur Zeit 150,000 Mann alliierte Truppen in Saloniki und 100,000 Mann hätten die Engländer an den Dardanellen, die nach dem Balkan geschickt werden können, sagt General de la Croix und fügt hinzu, wenn die britische Armee die Gallipoli-Halbinsel nicht räume, dann seien die Chancen 99 aus 100, daß sie innerhalb zwei oder drei Monaten in die See geworfen werden würde."

Ueber die Zukunft sprechend sagte er, diese 250,000 Mann könnten durch die reorganisierte serbische Armee von 200,000 und möglicherweise 50,000 Italiener verstärkt werden zwecks Einleitung einer Kampagne im Frühjahr und außerdem dürften bis dahin noch Truppenkörper vom Westen aus nach dem Balkan transportiert werden.

Britische Kommentare zur Kanzlerrede

London. — Die Rede des Reichskanzlers Dr. von Bethmann-Hollweg vor dem Reichstage wird in allen hiesigen Blättern lebhaft kommentiert. Des Kanzlers Erklärungen werden editoriell als „farblos und oberflächlich" und als ein Versuch, den gegenwärtigen Krieg als einen absoluten Verteidigungskrieg Deutschlands gegen Feinde, die es einschließen und aushungern wollen, bezeichnet. Alle Blätter bezeichnen die Erklärung des Kanzlers betreffs des Vergleichs von Deutschlands Einmarsch in Belgien und Englands Behandlung Griechenlands als unzutreffend.

Der „Evening Standard" schreibt, daß Dr. von Bethmann-Hollwegs Rede klar zeigt, daß Deutschland nicht an Frieden denkt. Dies Blatt hält einen Frieden für ferner, als je vorher seit Beginn des Krieges. Es sagt, daß die Meinung, daß Deutschlands Eifer am Erlahmen sei, nur zu einer unliebsamen Ueberraschung führen wird, wenn der Frühling kommt.

Die „Pall Mall Gazette" ist der Ansicht, daß der Wert der Kanzlerrede in dem liegt, was er nicht sagte. Die „Westminster Gazette" schreibt: „Wenn Deutschland auf Einladung der belgischen Regierung in dieses Land einmarschiert wäre, um Belgien gegen Frankreich oder Holland, oder uns zu schützen, und sich durch eine plötzliche Sinnesänderung des belgischen Königs in Schwierigkeiten gefunden hätte, könnte man von einer analogen Handlung sprechen. Was auch in Griechenland passieren mag, die Natur der beiden Transaktionen hat nicht die geringste Aehnlichkeit."

Der „Globe" drückt die Meinung aus, daß die Rede des Reichskanzlers den Alliierten gefallen sollte. Betreffs seiner Bemerkung, den Krieg bis zum Siege Deutschlands fortzusetzen, meint der „Globe": „Das ist eine gute Nachricht. Was wir zu befürchten hatten, war, daß er durch seine Staatsmannskunst mittels sorgsamen Spielens mit den Tatsachen die Alliierten zu überzeugen suchen würde, den Kampf als unentschieden zu betrachten und einen gesicherten Frieden anzunehmen."

Wahlschlacht vorüber

Infolge der starken Kälte war Beteiligung an Wahlen fast in ganz Saskatchewan recht schwach

In Regina wurden folgende Stadtratskandidaten gewählt:

	Stimmen
1—J. L. McInnis	1,443
2—H. E. Armstrong	1,408
3—Henry Black	1,404
4—Harry Perry	1,064
5—F. G. England	1,055
6—Gordon Baker	1,034

Außerdem waren als Kandidaten aufgestellt:

7—D. M. Hackney	1,031
8—S. R. Curtin	935
9—C. Rink	934
10—A. W. McGregor	932
11—D. J. McKay	868
12—L. B. King	555
13—G. Fisher	253

In der Provinz

Moose Jaw

Bürgermeister—W. W. Davidson.
Stadträte—Ward 3—E. D. McMicken; Fawcett, J. Lancock; Ward 4—W. E. Stepnick; Ward 5—G. W. A. Potter, R. W. Caswell.

Swift Current

Bürgermeister—T. W. Hutcheson.
Stadträte—Carter, Forsen, Brown, Dohan.

Saskatoon

Bürgermeister—Dr. Young.
Stadträte—Ward 1—S. A. Early; Ward 2—J. Wilson; Ward 3—T. W.

Prince Albert

Stadträte—T. McLeod, A. H. Workman, A. McDonald, A. P. Kennett.

Weyburn

Bürgermeister—C. P. Moore.
Stadträte—Schönleben, Hörrett, Hoskal, Lithgoe, Crown, Staveley.

Assiniboia

Bürgermeister—W. E. Dennison.
Stadträte—D. R. McIntosh, T. Shields, J. P. Beauregard.

Battleford

Bürgermeister—W. Laurie.
Stadträte—T. L. Jolliffe, H. E. Ewart, E. Haughen.

Broadview

Bürgermeister—Dr. Allingham.
Stadträte—Edwards, Hunt, McNiel.

Canora

Bürgermeister—Samuel Corbin.
Stadträte—J. Simmons, Dr. Warren, L. Franklin.

Indian Head

Bürgermeister—W. Davidson.
Stadträte—Williamson, Wilson, Pratt.

(Fortsetzung auf Seite 4)

Wilsons Kongreßbotschaft

Wird von englischen und deutschen Zeitungen gründlich erörtert — Deutsche Blätter üben scharfe Kritik am Präsidenten der Vereinigten Staaten

Washington, D. C. — In seiner dritten Jahresbotschaft an den Kongreß der Vereinigten Staaten, die Präsident Wilson am Dienstag in einer gemeinschaftlichen Sitzung beider Häuser des Kongresses hielt, verkündigte derselbe einen neuen Panamerikanismus — die vollständige Gemeinschaft aller Nationen auf der westlichen Halbkugel; dem Zwecke, diese Doktrin durchzuführen, soll die neue Wehrvorlage dienen, durch die die Ver. Staaten in den Stand gesetzt werden sollen, nicht nur sich selbst bezw. ihre Unabhängigkeit zu schützen, sondern auch die Rechte derjenigen, mit denen sie sich für solidarisch erklären.

Sämtliche in der Botschaft enthaltenen Empfehlungen beziehen sich in irgend einer Weise auf einen groß angelegten Plan zur Stärkung der nationalen Wehrkraft. Das gesetzgeberische Programm enthält die bereits bekannt gegebenen Pläne Kriegssekretär Garrisons und des Marinesekretärs Daniels; ein weiterer wichtiger Punkt ist die Vorlage, die die Schaffung einer amerikanischen Handelsmarine unter Kontrolle der Regierung vorsieht; dazu kommen ein landwirtschaftliches Bodenkreditsystem, die Vorlagen für die Philippinen und Porto Rico, die in der vergangenen Session nicht mehr erledigt wurden, Konservierungsgesetze, ein Gesetz zwecks Unterstützung der industriellen und beruflichen Erziehung von Bundes wegen, sowie der Plan einer Kommission, die sich mit dem Transportproblem zu beschäftigen hat.

Ganz besonders streng geht der Präsident mit naturalisierten und geborenen Amerikanern ins Gericht, deren Sympathien mit kriegführenden Mächten in Europa so weit gegangen seien, daß sie Komplotte schmiedeten, die gegen die Neutralität ihres jetzigen Heimatlandes verstoßen; der Präsident wünscht, daß der Kongreß gegen solche Leute angemessene Gesetze schaffe.

Neue Binnensteuern werden vorgeschlagen, um die Kosten für die Verstärkung von Heer und Flotte aufzubringen; als neu zu besteuernde Artikel werden neben Einkommensteuer Gasolin, Naphtha, Automobile, Explosivmotoren, fertige Eisen- und Stahlwaren, und eine Stempelsteuer auf Bankchecks vorgeschlagen; es soll ferner die gegenwärtige außerordentliche Kriegssteuer und der gegenwärtige Zuckerzoll weiter erhoben werden; dagegen ist der Präsident gegen eine Bondsausgabe.

Unter anderem sagte der Präsident etwa folgendes:

Der europäische Krieg hat seine bösen Kreise immer weiter gezogen, und gewisse Teile fast aller Erdteile in Flammen gesetzt, er hat auch unsere Halbkugel nicht verschont, er hat die ganzen internationalen Beziehungen umgeändert; er bietet jetzt ein Feld der Reorganisation und des Wiederaufbaus, wie es den Staatsmännern und Nationen nie bisher geboten war.

Die Ver. Staaten, sagt der Präsident, blieben neutral, weil sie an den Ursachen des Krieges nicht interessiert sind, und weil es die Pflicht der Nationen der westlichen Halbkugel unter den bestehenden Umständen ist, einen allgemeinen wirtschaftlichen Zusammenbruch zu verhindern.

Unliebsame Mitbürger.

Der Präsident erklärte des Weiteren, es sei zu hoffen, daß keine gegenwärtig zwischen den Ver. Staaten und anderen Mächten bestehende Streitfrage zu einem ernstlichen Bruch der freundschaftlichen Beziehungen führen werde, aber es tue ihm leid sagen zu müssen, daß die größte Gefahr für den Frieden und die Sicherheit der Nation im eigenen Lande sei. Der Präsident sagte hier wörtlich:

„Es gibt Bürger der Vereinigten Staaten — ich schäme mich, es zu gestehen —, die unter anderer Flagge geboren, jedoch unter unsern generösen Naturalisationsgesetzen zur vollen Freiheit und den Gelegenheiten Amerikas zugelassen wurden, die das Gift der Unloyalität in die Arterien unseres nationalen Lebens gegossen haben; die versucht haben, die Autorität und den guten Namen unserer Regierung der Verachtung preiszugeben, unsere Industrie zu zerstören, wo immer sie es für wirksam hielten, sie aus Rachsucht anzugreifen, und unsere Politik im Interesse ausländischer Intrigue zu erniedrigen." Ihre Zahl, fuhr er fort, sei verhältnismäßig nicht groß; doch sie sei groß genug, um große Mißhelligkeiten zu bringen und es sei für notwendig zu halten, sie möglichst rasch zu prozessieren. Amerika habe etwas Aehnliches nie gesehen; bis vor kurzem sei dies noch unglaublich gewesen, und so sei es gekommen, daß wir uns gegen solche Kreaturen der Leidenschaft, der Unloyalität und Anarchie, die zu Boden gehalten werden müßten," nicht geschützt hätten. Aus dem Grunde werde dem Kongreß eine Vorlage zwecks Abänderung der Bundesgesetze gegen die angedeuteten Delikte zugehen.

Zeitungs-Kommentare.

London. — Präsident Wilsons Kongreßbotschaft wird in der Londoner Presse mit ungewöhnlich lebhaftem Interesse besprochen.

Die „Daily Mail" spricht in einem Leitartikel inbezug auf Wilsons panamerikanische Ausführungen gewisse Zweifel aus, ob die Monroe-Doktrin in ihrer ursprünglichen Form noch zu halten sei, nachdem die Erfahrung gelehrt habe, daß die Ver. Staaten sich nicht mehr ausschließlich auf ihre geographisch-isolierte Lage verlassen können. Das Blatt meint, nur die britische Flotte sei ein wirksamer Schutz für die Monroe-Doktrin, sollte jedoch Deutschland siegreich aus dem Krieg hervorgehen, dann würden die Garantien der Ver. Staaten für die Unabhängigkeit der südamerikanischen Republiken nicht einmal das Papier wert sein, auf dem diese Doktrin geschrieben. Das Blatt gibt zu, daß Präsident Wilson zu der Erklärung berechtigt ist, daß die Neutralität der Ver. Staaten für die Welt von riesigem Wert war, es gibt auch zu, daß ihre Handhabung den Alliierten unschätzbare Vorteile gebracht hat, und weist dann auf die in der Verfassung gegebenen Schwierigkeiten, bezw. Schranken hin, durch die Präsident Wilson in seinem Verhalten Deutschland gegenüber gehemmt sei; hierzu sagt die „Daily Mail", der Präsident habe den Mut und das exekutive Genie für eine Notlage, und es sei nicht zu zweifeln, daß der Kongreß ihm bereitwillig die Befugnisse gewähren werde, der Lage gerecht zu werden.

„Daily Chronicle" erklärt, nach den erstaunlichen Enthüllungen über deutsche Machenschaften, die anscheinend noch nicht einmal vollständig seien, wäre es überraschend, wenn die Ver. Staaten den gegenwärtigen Stand der Dinge weiter sich gefallen ließen. Das amerikanische Volk müsse selbstverständlich von seiner Regierung Maßregeln verlangen, die Leben und Eigentum auf amerikanischem Boden und in amerikanischen Häfen wieder schützen.

Berlin, via London. — Das „Tageblatt" sagt in seiner Besprechung der Wilson'schen Botschaft u. a. wie folgt: „Personen, welche in Deutschland geboren sind und später amerikanische Bürger wurden, können, wenn sie die Gesetze Amerikas verletzen, natürlich nicht entschuldigt werden; Deutschland würde Ausländer, welche hierher kommen und deutsche Gesetze verletzen, ebenfalls bestrafen. Aber die Entrüstung der Deutsch-Amerikaner, auf welche der Präsident der Ver. Staaten sich bezieht, würde niemals solchen Grad erreicht haben, wenn Präsident Wilsons Administration auch nur den Versuch gemacht hätte, ehrliche Neutralität zu bewahren. Doch das ist nicht geschehen. Ein großer Teil der amerikanischen Presse demonstriert nicht nur offene Sympathie für Frankreich und Großbritannien, sondern führt auch einen gehässigen Zeitungskrieg gegen Deutschland, und zwar in der beleidigendsten und anstößigsten Weise. Und dagegen hat Präsident Wilson bis jetzt zu wenig gesagt.

„Aber vor allem hat die amerikanische Industrie mit einem wahren Dollar-Heißhunger Partei in diesem Kriege ergriffen, und Präsident Wilson sieht ruhig zu."

Das „Tageblatt" erklärt, es habe keine Lust, mit Amerika die moralische Seite dieser Situation zu diskutieren, aber es fügt hinzu, daß angesichts alles dessen, was bis jetzt vorfiel, es gar nicht zu verwundern sei, daß die Deutschen in Amerika sich in Aufregung befinden.

„Der Pfad der Neutralität wurde nicht zuerst von den Deutschen verlassen," fährt das „Tageblatt" fort; „sie verlangten nichts, als daß Amerika in der Tat neutral bleiben sollte. Selbst diejenigen unter uns, welche stets für ein freundschaftliches Einvernehmen mit den Ver. Staaten waren, erklären aufs Ent-

(Fortsetzung auf Seite 4)